

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
Ges. Ad. Schlech, Postleiterant, Gr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke,  
Otto Urich, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:  
für den innerpolitischen Theil:  
F. Hochfeld,  
für den übrigen redakt. Theil:  
E. R. Liebscher, beide in Posen.

Inserate werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen J. Moos, Haasenstein & Vogler J. G. S. J. Baube & Co., Invalidendank.

Berantwortliche Redakteure:  
Inseratenherr:  
W. Braun  
in Posen.  
Fernsprecher: Nr. 102.

Mr. 151

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal, an Sonn- und Festtagen jeden zweiten Tag jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Preußischland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

# Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Donnerstag, 1. März.

1894

## Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom 28. Februar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Vereinbarung gestattet.)

Die erste Verhandlung des russischen Handelsvertrags wird fortgesetzt.

**Abg. Richter** (Fr. Böllsp.): Herr v. Bennigsen hat gegen Schluss seiner gestrigen Rede angedeutet, daß er wohl nicht mehr lange aktiv im politischen Leben thätig sein werde und daß es ihm deshalb drängt, manches gegen die linke Seite des Hauses vorzubringen, was derselben vielleicht mißfallen könnte. Wenn Herr v. Bennigsen diese Bemerkung nicht gemacht hätte, würde es mir unerklärlich erschienen sein, warum er gerade in der politischen Situation, in der wir uns gegenüber diesem Vertrag befinden, es für zweckmäßig erachtet, Angriffe gegen die linke Seite zu richten, die doch die geschlossene Phalange bildet für den Handelsvertrag, dessen Zustandekommen er selbst überaus wünscht. Herr v. Bennigsen hat der linken Seite des Hauses — speziell war es auf die Fortschrittspartei gemünzt — den Vorwurf gemacht, daß sie gegen die auf den Schlachtfeldern erkämpfte Einigung im Jahre 1867 sogar unter Anstachelung des preußischen Partikularismus das Zustandekommen der Reichsverfassung zu verhindern suchte. Wie war die Sache? Die deutsche Einheit war auf den Schlachtfeldern zusammengeschweißt und durch Verträge sichergestellt. Es handelt sich darum, in der Reichsverfassung das Maß unserer politischen Freiheit festzustellen. Unsere ganze Opposition in damaliger Zeit hat sich nicht gelehrt gegen das Einheitswerk, sondern bezweckt weiter nichts, als das bestehende Maß von konstitutionellen Freiheiten, das in der preußischen Verfassung für 25 Millionen Staatsbürger bereits bestand, auf die norddeutsche Bundesverfassung zu übertragen. Wenn die Regierung nicht ohne Noth diese Übertragung einzurichten versucht hätte durch Verlagerung des verantwortlichen Ministerkollegiums, durch Beschränkung des Reichstags bei Militärausgaben, durch die Vorenthalzung von Diensten, so würden wir einstimmig dafür gestimmt haben. Fürst Bismarck hat nachher ausdrücklich zugegeben, daß er unter Umständen frühere Konzeptionen in der Reichsverfassung gen. acht hätte. Wenn wir verhindert worden sind, einstimmig der Verfassung zuzustimmen, so sind wir daran durch die hannoverische Nationalliberalen verhindert worden, die damals zuerst in das Parlament eintraten. Sie waren damals in lauter Glückseligkeit über die Absehung der welfischen Dynastie. Dies Gefühl beherrschte sie ganz; sie waren von einer Vertrauensfamilie erfüllt gegenüber der preußischen Regierung und hatten keinen Zweck für die reaktionären Bestrebungen, mit denen wir im alten Preußen immer zu kämpfen hatten. Die schweren Kämpfe, die der Liberalismus hier zu führen hatte, galten ihnen nur hervorragend aus Rechtshaberei. Schon damals haben sie das Verständnis nicht gehabt, daß sie auch heute noch nicht haben, für das preußische Junkerthum. Das ist erklärlich. Im Westen hatte der eiserne Besen aus der französischen Revolution schärfer eingegriffen und alles das fortgetrieben, was aus alter Zeit noch an Junkerthum bestand. Im Westen war das Gefühl der politischen Gleichberechtigung weit tiefer eingedrungen, und deswegen hat sich das Junkerthum dort nicht so gehalten wie im Osten. (Beifall links, Unruhe rechts.) Im Osten war der eiserne Besen nicht so tief gegangen, die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung hatte nicht vermocht, alles das auf dem platten Lande zu beseitigen, was mit den modernen Verhältnissen im Widerspruch stand. Wir unterscheiden sehr zwischen sozialen Bedeutung steht, (Vorm rechts, Beifall links) der sich einzubringen sucht in einflukreiche Staatsämter unter Zurückdrängung des bürgerlichen Elements (Vorm rechts) und der überall Steine zu werfen sucht zwischen die Räder des Staatswagens, damit er sich nicht fortbewegen könne im Gleise des Fortschritts (Große Unruhe rechts). Herrn v. Bennigsen gestriges Rede hat wahrlich nicht dazu beigebracht, die Annahme des Junkerthums zu dämpfen. (Zustimmung links.) Seine gestriges Rede steht in scharfem Widerspruch mit der Rede, die er im Februar 1892 hier gehalten hat. Herr v. Bennigsen machte dem Abgeordneten Richter den Vorwurf, daß er sich auch nur zeitweise in eine Verbindung mit der Fortschrittspartei eingelassen habe. Im Februar 1892 richtete Herr v. Bennigsen an die gesamten liberalen Parteien die Aufforderung, daß man näher zusammenrücken möge, weil es die Noth der Zeit erhebe. Damals schloß Herr v. Bennigsen damit, daß das liberale Bürgerthum in Stadt und Land, die liberalen Anschaufallen Anspruch hätten auf größere Geltung, als sie zur Zeit besäßen. Wenn Herr v. Bennigsen seine parlamentarische Tätigkeit beschließen will, so wäre mir jene Rede weit lieber gewesen als die geistige zum Lobe des Junkerthums. (Beifall links, Unruhe bei den Nationalliberalen.) Herr v. Bennigsen will ein Lehrlinge für andere Parteien sein! Lehren Sie doch erst Ihre Partei! Wie steht es denn da aus? Hier auf unserer Seite ist eine geschlossene Phalange für die Handelsverträge, weil wir alle Verträge unterstützen haben, die zur friedlichen Verständigung der Nationen dienten, die es ermöglichten, daß durch Verkehrserleichterungen die Völker ihre Lebensnotdurft mit weniger Aufwand an Kapital als sonst befriedigten. Wir unterstehen wie immer die Fortschrittspartei hat damals die ersten Handelsverträge mit dem Fürsten Bismarck bestand. Trotzdem hat damals die Fortschrittspartei zusammen mit den Konservativen dafür gestimmt. Die

Nationalliberalen aber sind gespalten, sie wissen auch heute noch nicht, wieviel für und wieviel dagegen stimmen und wieviel die frische Luft aussuchen werden. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie durchdringungen wären von den Anhängern Ihres Führers, so wäre kein Zweifel von vorn herein gewesen, weder beim rumänischen, noch beim russischen Vertrage, daß Sie zur Annahme gelangen würden. Weil Sie aber gespalten sind und niemand weiß, wie tief die Spaltung geht, darum diese Unschärfe, darum ist Handel und Industrie nicht im Stande sich darauf einzurichten, darum ist die Regierung verhindert, schon vorher dem Zollkrieg ein Ende zu machen! Das ist gerade die Schuld des Herrn v. Bennigsen. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Er hat immer verkündet, daß wirtschaftlich-politischen Fragen gegenüber die nationalliberalen Partei sich neutral verhalten müsse. Das möchte Sinn haben zur Zeit, als wirtschaftlich-politische Fragen noch sekundärer Art waren wie vor dreißig Jahren, aber seitdem sind die wirtschaftlich-politischen Fragen in den Vordergrund der politischen Erörterungen getreten, und sie sind vielfach zu politischen Fragen geworden. Und hier haben wir ja auch eine wirtschaftlich-politische Frage, die zugleich die allergrößte politische Bedeutung hat. Je mehr im Laufe der Jahre die wirtschaftlich-politischen Interessen sich verdichtet haben, je mehr die Interessenpolitik in den Vordergrund trat, um so mehr hatte die nationallibrale Partei die Aufgabe, ihre Parteigenossen zusammen zu fassen durch den Hinweis auf die allgemeinen Interessen des ganzen Volkes und des ganzen Vaterlandes. Statt dessen ist die Interessenpolitik in ihren eigenen Reihen emporgewuchert, durch Ihre fortgesetzte Neutralitätserklärung ist das Agrarierthum in Ihren eigenen Reihen stärker und stärker geworden, so daß jetzt in vielen Wahlkreisen der Nationalliberalismus nur noch geduldet ist von dem Agrarierthum. (Lebhafte Zustimmung links.) Die große Rede des Abg. von Bennigsen, sein Appell in der Berufung auf die Bedeutung des Handelsvertrages als einer europäischen Maßregel der Wirtschaftspolitik, als Maßregel zur Sicherung des Friedens verhält ausdruckslos bei dem Theile seiner Parteigenossen, die als die Hörigen des Agrarier die Kette des imperativen Mandats hinter sich her schleifen. (Heiterkeit.) Sein Appell bleibt wirkungslos, der „Massa“ Agrarier will es anders. (Große undauernde Heiterkeit.) Deshalb hat Abg. v. Bennigsen kein Recht, der linken Seite irgend welchen Vorhalt zu machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wenn Abg. v. Bennigsen gemeint hat, die freikirchige Presse verkenne die Schwierigkeit unserer Landwirtschaft in der Konkurrenz mit der überseeischen Landwirtschaft, so ist mir davon nichts bekannt. Im Gegentheil, wir haben von Anfang an auf diese Schwierigkeiten hingewiesen und hervorgehoben, daß diese Konkurrenz durchgreifende Veränderungen in der Landwirtschaft sowohl in der Form des Besitzes wie in der Betriebsweise, in der Art der Produktion und der technischen Herstellungswise zur Folge haben muß. Aber die Aufmerksamkeit, welche die Landwirtschaft in dieser Richtung hätte aufwenden müssen, die Selbsthilfe, die sie hätte aufwenden müssen, ist abgelenkt durch den Ruf nach Karlsruhe. Wiederum ist es Herr v. Bennigsen gewesen, der von Anfang an diese ganze Bewegung unterstützt, diese ganze Kette geöffnet hat, welche nicht das trifft, worauf es ankommt, die von der Selbsthilfe abstieht und sich in Widerspruch setzt mit den Interessen der Allgemeinheit. (Sehr wahr! links.) Dann sprach Abg. v. Bennigsen von Kompenstationen. Wenn ein Handelsvertrag in Frage steht, für den so gewichtige und hohe Interessen in wirtschaftlicher und politischer Beziehung sprechen: wie kann man dem gegenüber seine Abstimmung abhängig machen von Kompenstationen? Entweder sind die Maßnahmen, die man als Kompenstationen bezeichnet, an sich richtig: dann hat die Regierung die Pflicht, sie einzuführen, gleichgültig, ob der Vertrag angenommen oder abgelehnt wird, oder sie sind unrichtig, dann kann es nicht richtig sein, die Vortheile des Handelsvertrages aufzuheben durch Nachtheile auf anderen Gebieten. Da macht man einen Schritt vorwärts und zwei Schritte rückwärts. Sie sprechen von Kompenstationen durch Aufhebung der Staffeltarife. Was ist das für ein nationaler und patriotischer Sinn, der zuletzt in einer solchen Frage seine Abstimmung abhängig machen will davon, ob das Korn für 4½, oder etwas über 3 Pf. auf das Kilometer gefahren wird? (Zustimmung links.) Abg. von Bennigsen ist selbst überaus in Zweifel, ob diese Agitation für Aufhebung der Staffeltarife gerechtfertigt sei. Sie ist nicht gerechtfertigt, denn die Staffeltarife machen nicht dem einheimischen Getreidekonkurrenz, sondern schränken die Konkurrenz des ausländischen Getreides auf den Wasserstraßen ein. Aber Abg. v. Bennigsen sagt: mag die Agitation unberechtigt sein, man muß nicht rechnen mit dem, was ist, sondern wie es aufgesetzt wird. Das heißt doch, mit Wahnvorstellungen anstatt mit Thatsachen rechnen. (Sehr wahr! links.) Ich habe einen höheren Begriff von der Staatsweisheit und bin nicht der Ansicht, daß der „blinde Hödur“ in wirtschaftlicher Beziehung Recht behalten muß. Wenn es aber richtig wäre, daß die Staffeltarife wirklich den Produzenten einzelner Landschaften eine schwere Konkurrenz bereiten zu Gunsten der Gemeinschaft der Konsumanten und zu Gunsten der Produzenten derjenigen Landesteile, aus denen jetzt Getreide vermittelst der Staffeltarife verfrachtet wird, was würde es für ein Standpunkt sein, jetzt deshalb auf Aufhebung der Staffeltarife zu dringen? Der russische Handelsvertrag hat seine große Bedeutung im internationalen Verkehr und erleichtert denselben; verhängnisvoll wäre es für den inneren Verkehr, den Grundsatz aufzustellen, daß, wenn die Produktionsinteressen der einzelnen Landschaften es erfordern, man ein Recht hat, darauf zu dringen, daß die Verkehrsanstalten der Rechte fahren, als wie es in ihrem eigenen Interesse liegt. Dieser Standpunkt wäre gleichbedeutend damit, daß man an der Grenze die Zollschanzen befestigte, im Innern aber Binnenzölle errichte. (Sehr wahr! links.) Der Standpunkt, daß man von der Aufhebung der Staffeltarife die Annahme

Inserate, die schlagende Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenansage 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagansage 25 Pf., an beworgerter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagansage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenansage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

uns die französischen Parteien bei der Böllerhöhung auf Getreide vor. Wir wischen jeden Vergleich mit jenen französischen Bourgeoisparteien ebenso zurück, wie die Sozialdemokraten nichts mit dem französischen Bonapartismus zu thun haben will. Herr v. Bennigsen hat noch besonders vom Bunde der Landwirthe gesprochen. Er bedauerte nur, daß derselbe zu spät ins Leben gerufen und deshalb noch nicht genugsam abgesetzt sei. Handel und Industrie hätten schon längst ihre Vertretung gehabt. Im Bunde der Landwirthe habe erst die Landwirtschaft eine solche bekommen. Das ist doch tatsächlich ganz falsch. Die Landwirtschaft hat zu ihrer Interessenvertretung stets ein ausgebliebenes Vereinswesen zur Verfügung gehabt. Grade die Provinz Hannover protestiert in Petitionen an uns gegen die Einführung von Landwirtschaftskammern, weil dieselben die wirksame Interessenvertretung der landwirtschaftlichen Vereine abschwächen. (Hört, hört! links.) Der Bunde der Landwirthe stellt keine regelmäßige Interessenvertretung der Landwirtschaft dar; er geht nur darauf aus, ein improvisiertes Programm im vermeintlichen landwirtschaftlichen Interesse der Gesetzgebung aufzuzeigen, rücksichtslos gegen alle sonst konkurrierenden Interessen durch eine wilde und wütige Agitation. (Sehr richtig! links.) Der Bunde der Landwirthe ist im Vereinswesen eine Ausgeburt, entstanden aus der Parution von Eigensucht und jungerlicher Anmaßung. (Hört, hört! links, große Unruhe rechts.) Darum will ich aber gar nicht leugnen, daß auch dieser Bunde der Landwirthe seine Verdienste hat. (Aha! rechts.) Es bestätigt sich hier der Satz, daß wer das Beste will, mitunter das Gute schafft. (Sehr gut! links.) Herr v. Bennigsen hat dem Bunde der Landwirthe nachgerühmt, daß seine Agitation dazu beigetragen hat, die Russen nachgiebiger zu machen. Es mag sein, daß das Gepolter des Bundes der Landwirthe den Russen mehr imponiert hat, als es bei vernünftigen Deutschen der Fall war. (Heiterkeit.) Aber ich rühme dem Bunde der Landwirthe noch anderes nach. In Deutschland hegten wir im öffentlichen Leben einen ganz übertriebenen Autoritätskultus. Diesen Autoritätskultus hat zwar Fürst Bismarck zunächst nach seiner Entlassung selbst nach Möglichteiten zu zerstören gelungen. Der Bunde der Landwirthe aber hat diese Abschwächung des Autoritätskultus verallgemeinert, vertieft und dies namentlich für die ländliche Bevölkerung. (Hört, hört! links.) Er hat sich bemüht, den Glauben an die Unfehlbarkeit des Reichskanzlers in den Kreisen der Hintersassen zu zerstören. Allmählich werden nun Ihre Hintersassen auch begreifen lernen, daß die Herren Landräthe nicht unfehlbar sind. Ich bin auch weit davon, jemand deshalb des Mangels an Patriotismus zu beschuldigen, weil er sich in Widerspruch setzt mit Fällungen nicht blos des Baulettos, sondern auch des Bauherrn in dieser Frage; im Gegenteil! der „Männerklos“ vor Königsberg scheint mir sehr wohl angebracht in einer solchen Zeit, wo der Byzantinismus oft nur zu sehr emporwuchert. (Sehr richtig! links.) Aber, nachdem Sie (rechts) nunmehr aufgehört haben, privilegierte Kronwächter zu sein, bitten wir uns aus, daß, wenn wir wieder einmal in die Lage kommen sollten, uns mit ausgesprochenen Erklärungen des Monarchen im Widerspruch zu befinden, Sie es dann unterlassen, uns, wie Sie es bisher stets gehabt haben, der mangelnden Königstreue und des mangelnden Patriotismus zu zeihen. (Sehr gut! links.) Der Bunde der Landwirthe hat ferner das Verdienst, die Solidarität — so nannte man es — der produktiven Stände zu fördern. Ich verwahre mich noch dagegen, als ob Handel, Industrie und Landwirtschaft zusammen allein die produktiven Stände darstellen. Das ist eine materialistische Auffassung, die ich nicht anerkenne. Ich verwahre mich noch mehr dagegen, als ob Handel, Industrie und Landwirtschaft im Jahre 1879 einig gewesen wären in der Einführung des Schutzolltarifs. Nein! jener Tarif entstammt einer Koalition des Großgrundbesitzes mit einem Theile der Großindustrie, insbesondere der Großtextilindustrie und der Textilindustrie, aber der allergrößte Theil der Industrie hat gar kein Interesse an jenem Schutzolltarif; im Gegenteil! große Industriezweige brauchen überhaupt keinen Schutz gegenüber dem Auslande und anderen kann ein Schutzoll nichts nützen. Große Theile der Industrie, das gesammte Handwerk leiden mehr unter der Vertheuerung der Halbfabrikate und unter der Vertheuerung der Lebensmittel ihrer Arbeiter, als der Schutzoll ihnen in der Abwehr der auswärtigen Konkurrenz nützen kann. Die gefämmte Industrie endlich ist geschädigt worden in dem Maße als der deutsche Schutzolltarif Nachfolge gefunden hat in anderen Staaten, auf die die unser Export angewiesen ist. Das unnatürliche Bündnis des Jahres 1879 wäre längst gesprengt, wenn es nicht zuerst durch die Autorität des früheren Reichskanzlers und dann noch durch die Gewohnheit zusammengehalten wäre. Sie haben nun auf der rechten Seite das Verdienst, endlich einen Tell in diese Koalition hineingetrieben zu haben, welcher dieselbe sprengen muß. Solches Verdienst werde ich dem Bunde der Landwirthe nie vergessen. (Heiterkeit links.) Graf Mirbach meint, daß, wenn es zur Auflösung käme, man auf Seiten der Agrarier sich mit dem Freihandel verbünden wolle zum Kampf gegen die Industriezölle. Warten Sie dazu doch nicht erst eine Auflösung ab, verbünden Sie sich dazu mit uns, auch wenn der Handelsvertrag zu Stande kommt. Wir sind völlig bereit, Arm in Arm mit den Agrarier auch den Marsch gegen die hohen Industriezölle anzutreten (Heiterkeit). Schon mein Antrag aus dem Jahre 1890, über den hier im Januar 1891 Tage lang verhandelt wurde, verlangte ausdrücklich Ermäßigungen nicht nur derjenigen Zölle, welche die landwirtschaftlichen Produkte vertheuern, sondern auch derjenigen Zölle, welche den Konsum der Landwirthe vertheuern. Der Handelsvertrag wird angekommen werden, entweder jetzt oder nach einer Auflösung. Herr v. Bennigsen hat Schreibbilder einer solchen Auflösung ausgemalt; er wollte offenbar damit die Konservativen dem Handelsvertrag zutreiben, dürfte aber damit das Gegentheil erzielt haben. Herr v. Bennigsen meint, daß, wenn hier die Konservativen verschwinden, der ganze Reichstag aufreißt und Band gerathen würde. (Sehr richtig! rechts.) Am interessantesten war mir, daß Herr v. Bennigsen dem Nationalliberalismus im Falle der Auflösung gar keine verbende Kraft zutraut (Heiterkeit links), wie als bedeutungslosen Faktor außer Rechnung läßt. Ich meine, eine Auflösung würde ungefähr den Reichstag von 1890-93 zurückführen; mit demselben ist die Regierung besser ausgestanden, als ich oft gewünscht hätte. Sogar bei Militärfragen würde sie sehr viel mehr erlangt haben, wenn sie rechtzeitig und geschickt es verstanden hätte, sich mit dem ausschlaggebenden Theil des Zentrums zu verständigen. Und wenn nun wirklich der neue Reichstag um einige Grade liberaler ausfielen noch als der vorige, dann das Herrn von Bennigsen erschrecken, denselben von Bennigsen, der in jener Rede im Jahre 1892 es ausprach, daß das liberale Bürgerthum einen weit größeren Anspruch hätte auf Geltung in den Parlamenten, in der Gesetzgebung als es zur Zeit beige? Der Handelsvertrag muß angekommen werden, entweder von diesem Reichstag oder von dem nächsten. Jeder Nachfolger des Reichskanzlers müßte eine solche Annahme verlangen, auch wenn ein Reichskanzler an die Stelle trete, der mehr als 1000 Ar und Hälme und natürlich auch die bei solchen Besitz üblichen Schulden aufweisen kann (Große Heiterkeit), denn ohne eine solche Masse von Schulden würde der Reichskanzler gar nicht als sachverständig gelten können bei Ihnen für die Notth der Landwirtschaft. (Erneute Heiterkeit.)

Jeder neue Reichskanzler, und wenn auch der größte Staatsmann aus dem Reihen der Konservativen dazu berufen würde — wer dieser größte Staatsmann bei Ihnen ist, ist mir freilich in diesem Augenblick unbekannt. (Heiterkeit. Ruf: Herr v. Bloed!) Nein, Herr v. Bloed ist es, glaube ich nicht. (Erneute Heiterkeit.) Der Nachfolger des Reichskanzlers müßte die Annahme des Handelsvertrages verlangen auf Grund sowohl der inneren, wie der auswärtigen Politik. Zunächst aus inneren Gründen. Welcher Sturm aus den Kreisen des Erwerbslebens, des Handels und der Industrie würde sich erheben, wenn die Ablehnung dieses Vertrages erfolgte! (Sehr richtig! links, Widerspruch rechts.) Jetzt hat man sich in allen Kreisen gegenüber dem agrarischen Gepolter noch zurückgehalten, weil man glaubt, es würde den Agrarier gegenüber der Regierung und den anderen Parteien doch nicht gelingen, den Antrag zu Fall zu bringen. Aber wenn der Zollkrieg fortgesetzt würde, die Konkurrenz anderer Nationen unseres Absatz in Russland immer mehr einschränkte, würden die Erwerbsverhältnisse eine weitere Schwächung erfahren, die Kaufkraft der Industrie gegenüber der Landwirtschaft immer mehr verringert. Welcher Sturm des Unwils müßte zuletzt losbrechen gegen einen Reichskanzler, der nicht einen ernsten Versuch machen wollte zur Durchbringung dieses Handelsvertrages! Und dann gegenüber dem Russland immer mehr eingeschränkt, müssen wir ihn eingehend prüfen. Keine Partei kann so wie wir behaupten, daß die Richtung der Handelspolitik der Regierung mit den Bestrebungen unserer Partei zusammentrifft. Meine Partei ist es gewesen, die bei der Militärvorlage die Ordnung nach friedlicher Einigung der europäischen Staaten aufgestellt hat. Ich habe damals das Wort von den vereinigten Staaten Europas gebraucht, und verlangt, daß dahin gestrebt werden möge, daß eine neue Friedenssäule in Europa hergestellt werden möge. Ferner ist es nicht zu leugnen, daß das endgültige Scheltern dieses Vertrages unabsehbare innere Waren im Gefolge haben muß. Die Bedenken gegen den Vertrag werden allerdings auch von einem Theile meiner Freunde getilgt, bedauerlich wäre es, daß gebe ich dem Abg. v. Bennigsen zu, wenn die Ablehnung des Vertrages eine dauernde Missstimmung zwischen Bevölkerungsklassen erzeugen würde, die in vielen wichtigen höheren Fragen auf gemeinsame Arbeit angewiesen sind. Wir sind nicht gesonnen, in den Ton des Abg. Richter gegen die Rechte einzutreten, mit der wir in wichtigen Fragen so oft zusammen gearbeitet haben. (Sehr gut! rechts.) Denn heute mehr als je haben wir alle Veranlassung, alle Härten zu mildern. Was einen großen Theil meiner Freunde mit Besorgniß gegen den Handelsvertrag erfüllt, das ist die verdeckliche Wirkung der preußischen Staffelltarife, nach dem Infrastritten des Handelsvertrages. Die Aufhebung dieser Staffelltarife wird vom Westen entschieden verlangt. (Gutaj rechts.) Dafür erhält ja der Osten die Aufhebung des Identitätsnachweises. (Burk rechts.) Das wird sich schon finden, wenn Sie recht brav sind. (Heiterkeit.) Ich kann im Namen meiner politischen Freunde erklären, daß, wenn die Zusticherung, daß die Staffelltarife aufgehoben werden, in der gewünschten Verhältnis erfolgt, diese Zusticherung für uns ebenso wertvoll ist, wie die Aufhebung selbst. Der Antrag auf Einführung einer gleitenden Zollstala ist für uns unannehmbar, er bedeutet, wenn nicht rechtlich, so doch moralisch einen Vertragsbruch gegen Österreich. Zur Beurtheilung der Wichtigkeit der Frage sind meine Freunde mit der Regierung einverstanden. Ein Theil meiner Freunde erkennt auch die wirtschaftlichen Vortheile des Vertrages an. Für einen andern ist die landwirtschaftliche Frage aushängig für die Beurtheilung des Vertrages. Wenn Abg. Röntgen den Bunde der Landwirthe als beste Vertretung der Landwirtschaft bezeichnete, so bestreite ich ihm das Recht dazu. So weit ist der Bauerstand in seiner Erregung noch nicht gekommen. Wir stehen uns über die Erklärung, daß die Regierung alles thun wird, um die Misstände in der Landwirtschaft zu beseitigen. Eine wirkliche Hilfe für die Landwirtschaft kann ich für meine Person in dem 1,50 M. Zoll nicht erwarten.

Abg. Schulze (Königsberg, S.-D.): Der russische Vertrag ist schon seit Monaten in der Öffentlichkeit eingehend besprochen worden. Ein um so größeres Recht haben Handel und Industrie, daß er möglichst bald erledigt wird, und zwar ohne Kommissionssatzung. Wir werden, wie den übrigen Verträgen, so auch dem russischen Vertrag zustimmen. Unsere Schutzollpolitik veranlaßte die übrigen Länder, ihrerseits gegen uns Repressalien zu ergreifen. Deutschland ist selbst ein Industriestaat und hat daher ein Interesse, seine Überschüsse an Russland abzugeben, während andererseits wieder Russland, als der Landwirtschaftsstaat, seine Überschüsse an uns abgeben muß. Wenn darüber gellagt wird, daß die Landwirtschaft unrentabel geworden ist, so verweise ich darauf, daß der Ertrag der 90er gegen die 80er Jahre um 47 Prozent gestiegen ist. Die Leute, die heute gegen den Vertrag stimmen, sind dieselben Junker, unter denen Übermuth das Volk schon lange zu leben hatte. Bezeichnend ist, daß der österreichische Bauer noch heute sagt, er wolle lieber zehn Jahre im Buchthaus sitzen als zwei Jahre abhängig von diesen Leuten sein. Sollte es zur Aufhebung kommen, dann werden die Agrarier in erheblich kleinerer Zahl wieder zurückkehren. Gewiß haben die unter das Volk in den siegreichen Kriegen angeführt, aber sie haben es auch 1806 gethan. Diejenigen Leute, die den Fürsten Bismarck anbeten möchten, wie das goldene Kalb, möchten am liebsten alle Maßregeln ablehnen, die von dieser Regierung kommen. Sie schwärmen für den Fürsten Bismarck, der doch wie kein anderer den Erfolg nachweis als russischer Minister erbracht hat. Wir bekämpfen nicht die Landwirtschaft als solche, sondern nur die Auswüchse des Agrarientums. Man hat gesagt, Ostpreußen werde durch den Vertrag zur russischen Satrapie werden. Die Behandlung der Arbeiter und Bauern ist dort schon jetzt echt russisch. Seeverkehr und Eisenbahnverkehr leiden in den östlichen Provinzen unter den jetzigen Zuständen. Das gespannte Verhältnis zu Russland hindert die Entwicklung einer Industrie in diesen Landesteilen. Schon gegenwärtig ist die Arbeitslosigkeit groß; sie wird noch gesteigert werden, wenn der Vertrag abgelehnt wird und der Zollkrieg fortgesetzt. Wir stimmen für den Vertrag im Interesse einer friedlichen Entwicklung. (Vetfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Krhr. v. Stumm (Pf.): Der sozialdemokratische Redner hat nichts Neues vorgebracht. (Ruf links: Bringen Sie doch etwas Neues!) Es kommt nicht so sehr darauf an, daß der Arbeiter billig Brot ist, sondern daß ihm überhaupt die Möglichkeit gegeben wird, Brot zu essen. Ich bin felsenfest von der Solidarität der Interessen von Landwirtschaft und Industrie überzeugt, und daß die Hoffnung des Abg. Richter, daß die Zustimmung über den Vertrag dieses Band entschieden wird, sich nicht erfüllen wird. Der Bunde der Landwirthe ist entstanden, weil die Landwirtschaft sich in schlechter Lage befindet. Ich bedauere die Tonart des Bundes der Landwirthe. Ich bedauere aber auch das Wort des Grafen Mirbach, daß das Wort Autorität, nicht Majorität heute nicht mehr Geltung habe. Alle staatsverhaltenden Elemente müssen sich zusammenfinden, um die Autorität zu stützen, nicht bloß soweit es die Person des Königs, sondern auch die Regierung betrifft. Es ist zugegeben, daß Konzessionen von Russland erlangt worden sind durch die Agitation des agrarischen Bundes der Landwirthe, allerdings ist das ohne seinen Willen, ohne sein Verdienst geschehen. Das rechne ich aber dem Bunde der Landwirthe zum Verdienst an, daß er geschlossen für die Militärvorlage eingetreten ist. Dasselbe Verdienst muß ich auch dem Junkerthum vindicare, daß es noch immer den Rückgrat der Armee bildet, die Armee aber ist das Rückgrat des Staates. Das Junkerthum hat uns 1870 zum Siege geführt. (Große Unruhe links. Ruf: Jena! Festungen übergeben!) Schon jetzt bekommen wir von auswärts Mengen von Roggen seewärts aus andern Ländern. Thatsächlich hat auch der Differentialzoll nicht vertheuernd gewirkt. Der Differentialzoll wirkt nur bei

schlechter Ernte in Deutschland und bei guter Ernte in Russland auf den Preis. Würde die Ermäßigung des Zolles gegen Russland verbilligend auf den Getreidepreis wirken so würde Russland dabei gar kein Geschäft machen, es hätte also gar keinen Grund, auf diese Ermäßigung zu dringen. Die Gefahr einer Überflutung Deutschlands mit russischem Getreide verlangt allerdings eine Kompensation, und ich sehe in der Aufstellung des Identitätsnachweises eine solche Kompensation. Denn diese Maßregel wird einen allzu starken Preisdruck verhindern, und das halte ich für einen großen Vorteil für die Landwirtschaft im Osten. Die rheinische Landwirtschaft würde durch die Aufhebung des Identitätsnachweises allerdings keinen Nachteil haben. Aber andererseits verlangt die Landwirtschaft des Westens mit Zug und Recht für etwaige Schädigungen durch den russischen Vertrag ebenfalls eine Kompensation in der Aufhebung der Staffelliste.

Für den Osten ist die Aufhebung der Staffelliste ein geringeres Nebel als die Aufrechterhaltung des Identitätsnachweises. Wenn man das russische Getreide von den Grenzen Deutschlands fernhält, so geht es auf den Weltmarkt, und dort übt es einen viel größeren Druck auf den Preis unseres Getreides, als wenn es direkt zu uns kommt. Dazu kommt die Erwägung, daß wir gar keine Mittel haben, um die Einführung russischen Mehls nach Deutschland über Holland zu ermäßigtem Zollsaatz zu verhindern. Die Abschaffung gegen russischen Roggen würde vielleicht eine vermehrte Einführung von ausländischem Weizen zur Folge haben, und daraus entsteht ein Druck darauf, daß Roggen- und Weizenpreis sich nähern; in diesem Falle wäre der Differentialzoll von 1,50 M. auf russischen Roggen ohne Wirkung. Herr Luz behauptet, der russische Zoll auf deutschen Hopfen wäre noch viel zu hoch und die Konkurrenz wertlos. Er sieht doch einmal die Ausführziffern an, und er wird finden, daß selbst beim 1 Rubel-Zoll Hopfen im Wert von Millionen nach Russland exportiert wurde. Nun der Zoll auf 3½ Rubel herabgesetzt ist, behauptet Herr Luz, das wäre nichts wert. Die Verwerfung des Handelsvertrages würde Unzufriedenheit erregen in Arbeiterkreisen, und das könnte der Sozialdemokratie zu gute. (Abg. Graf Mirbach: Aber die landwirtschaftlichen Arbeiter!) So weit kann man doch nicht gehen, einen Vertrag abzulehnen, weil die Sozialdemokratie dafür gestimmt. Vom kleinsten Dorf des sächsischen Erzgebirges bis zum größten Centrum der Industrie herrscht das Gefühl des Dankes gegen den Reichskanzler für diesen Handelsvertrag. (Unruhe rechts.) Ich sehe den Vertrag nicht an als notwendige Konsequenz der früheren Verträge, wohl aber als notwendige Konsequenz unserer Friedenspolitik, die wir ja auch durch die Militärvorlage wesentlich gefördert haben. Ich werde für den Vertrag stimmen, weil ich nicht die Verantwortung für die Ablehnung übernehme will. Ich beneide die Herren, die dagegen stimmen, nicht um ihre Verantwortlichkeit.

Abg. Graf Bernstorff-Uelzen (Welse): Meine Freunde stammen alle aus Gegenden, in denen vorwiegend Landwirtschaft betrieben wird. Wir können also auch über Not der Landwirtschaft ein Lied singen. (Hinterkell.) Aber wir haben auch stets anerkannt, daß der Zoll nur ein unsicherer Schutz der Landwirtschaft ist. Ich will ja die Verdienste der Herren aus dem Osten nicht herabziehen, aber ich muß doch gegen die Neuflutung des Grafen Molte, als wenn s. Bt. allein im Osten die Bewegung gegen Frankreich losgebrochen sei, protestieren. Unsere Väter und Großväter haben zu einer Zeit gegen Frankreich geblutet, als von einer Erhebung im Osten noch keine Rede war. Wir müssen uns leider den Belohnungen unserer Vertragsgenossen aus dem Osten unzweckmäßig erneisen. (Sehr gut! Links.) Im Gegensatz zum Bund der Landwirthe haben sich die nördlichen Theile von Hannover in den landwirtschaftlichen Vereinen einstimmig für den Handelsvertrag erklärt unter der Voraussetzung, daß die Staffelliste aufgehoben werden, der Identitätsnachweis beibehalten wird. (Hört, hört! Links.) Ich habe es freudig begrüßt, daß die Landwirthe sich zweckmäßig zur Hebung ihrer Interessen organisierten, aber ich habe Bedenken dagegen, daß wirtschaftliche Interessen in die politische Arena getragen werden. (Beifall.) Ich halte es auch nicht für richtig, daß Abgeordnete auf diese einseitigen Interessen verpflichtet werden. Es sind ja manche Völker schon durch die Maschen gegangen und weitere werden folgen. (Hinterkell.) Ich hoffe, daß der Vertrag zum Wohl des Vaterlandes dienen wird. (Beifall links.)

Die Beratung wird hierauf vertagt.

Verhältnis bemerkte Abgeordneter Dr. v. Bennigsen: Gegenüber der Bemerkung des Abg. Richter von einer angeblichen Spaltung in der nationalliberalen Partei beschränkt ich mich darauf, zu seiner Verhüllung zu erklären, von der nationalliberalen Partei werden weit mehr Mitglieder für den Vertrag stimmen, als die große Phalange für den Vertrag hinter Herrn Richter steht. (Hinterkell.) Abg. Richter hat aus einigen belläufigen Worten von mir den Schluss gezogen, als wenn ich gestern eine große Rede als mein politisches Testament hätte halten wollen. Das hat mir fern gelegen, und es wäre auch ziemlich geschmacklos gewesen. Was ich über das Verhältnis zu den liberalen Parteien gesagt habe, hat er ganz falsch aufgefaßt. Ich habe den Wunsch und sehe die Möglichkeit, mit Herrn Richter und seinen Freunden auch fünfzig politisch zusammenzutreffen. Ich bedauere, dies Zusammenwirken mit Herrn Richter und denen, die ihm folgen, nicht in Aussicht stellen zu können. Denn dieser hervorragende und tüchtige Mann bringt es fertig, in den für das Reich wichtigsten Fragen, gewiß aus für ihn überzeugenden Gründen, stets zu einem negativen Votum zu kommen.

Abg. Richter: Herr v. Bennigsen meinte, daß in seiner Partei noch immer mehr Stimmen abgegeben werden für den Handelsvertrag als in meiner geschlossenen Partei. Wenn er von den positiven Stimmen seiner Partei diejenigen abzieht, welche zur Neutralisierung der negativen Stimmen nötig sind, so bleibt von der großen Partei in der Wagschale des Handelsvertrages noch weniger übrig, als die kleine Partei, der ich angehöre. Dann hat Herr v. Bennigsen gesagt, er habe nicht daran gedacht, sein politisches Testament aufzustellen. Nicht bloss ich, sondern auch der Abg. Lieber hat die gestrige Rede so aufgefaßt. Wenn Herr v. Bennigsen sie aber anders auslegt, so freue ich mich besonders darüber, indem ich hoffe, daß er künftig ein noch besseres Testament aufstellen wird, als das gestrige. (Hinterkell und Beifall.) Ich selbst werde wohl niemals in eine Verbindung mit ihm gelangen, weil ich dann meiner politischen Überzeugung untreu würde. Aber sehr deplacirt war es, wenn Herr v. Bennigsen mir jetzt, wo ich von Anfang an positiv zu Gunsten des Handelsvertrages eingetreten bin, den Vorwurf der Negation macht.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß gegen 6 Uhr.

## Deutschland.

\* Berlin, 28. Febr. Der zweite Tag der Handelsvertragsdebatte im Reichstage wurde durch eine Rede des Abg. Eugen Richter eingeleitet. Unser Berliner Korrespondent entwirft über diese Rede und über den Verlauf der Sitzung folgendes Stimmungsbild:

Eine der wichtigsten Reden, die dem Abg. Richter je gelungen sind, hat er heute im Reichstage gehalten. Man wird dieser Rede am besten gerecht, wenn man sie rein ästhetisch genießt und sich

an der Fülle von schwirrenden Wizpellen erfreut, ohne dabei das partipolitische Moment voranzustellen. Geschieht das Letztere, dann allerdings müßte eine große Gruppe der Freunde des russischen Handelsvertrags wenig erbaut von den Ausführungen des freikirchigen Führers sein. Wir meinen die Nationalliberalen, denen der Abg. Richter bittere Worte zuschleuderter, allerdings nur in Beantwortung der gleichfalls scharfen Anfälle des Abg. v. Bennigsen auf die Stnts von ihm stehenden Anhänger der Vertragspolitik. Indessen hat vielleicht Herr v. Bennigsen und haben seine Fraktionsgenossen Humor genug, über das Persönliche in der Richterschen Rede hinwegzusehen und es zu machen, wie es augenscheinlich auch die Konservativen machen, die von manchem spitzer Richterschen Satze überaus schlimm getroffen wurden und dem Redner gleichwohl nicht allzu gram zu sein scheinen. Es geht hier wie mit manchen großen Spöttern in Kunst und Literatur: Der Geigergute muß, ob gern oder widerwillig, annehmen, daß eine impulsive Kraft sich ihm gegenüber betätigt, und der Andeut ist reizvoll, auch wo man zum Opfer wird. Die Hinterkell, die sich während der ganzen Richterschen Rede im Hause erlebt, hatte etwas angenehm Befriedendes. Es sind über den Handelsvertrag und die Rämpfe um ihn schon so viele centnerschwere, gravitätische und nachdrucksvolle Worte gewechselt worden, daß allmählich ein bisschen Langeweile über die wichtige Materie zu kommen beginnt, und mit erhöhtem Behagen genoß, in der Zurück vor Verdunstung der Debatte, das ganze Haus, Rechte wie Linke und Centrum, die Ausführungen des Abg. Richter. Sogar der sonst immer ernste Reichsanziger lachte, daß es ihn förmlich schüttelte. Richter hatte, wie das Mädchen aus der Fremde, für jeden eine Gabe, und so auch für den Großen Capri. Auf die Einzelheiten der Rede, die sich hinreichend selbst erläutert, braucht man nicht einzugehen. Nur das sei bemerkt, wie sonderbar doch unsere politischen Zustände verschoben sind, in denen es möglich wird, daß der Redner eines wichtigen Bestandteils der erhofften Mehrheit den größten Theil seiner Ausführungen gegen eine noch wichtigere Gruppe derselben Mehrheit richten kann. Richter hand, linker Hand, Alles vertauscht. Nach dem Abg. Richter kam Herr Lieber. Eine so echt liebende Rede haben wir lange nicht genoßt, und darum sei dem Centrumführer Dank gesagt für die Erquickung, die man auch aus solchem Prototyp der Langweilstadt saugen kann. Mit köstlicher Naivität bemerkte Herr Lieber, wenn er für das gesammte Centrum spreche, so habe er Gründe für und Gründe gegen den Handelsvertrag anzuführen. Nach diesem Leitmotto war denn auch die Rede gegliedert. Gründe für und Gründe gegen wurden mit großzüger Handbewegung in den bunt gestickten Teppich dieser eigenhümlichen alademischen Rhetorik gewirkt. Aber daß der Abg. Lieber persönlich für den Handelsvertrag ist, das konnte er bei aller Bemühung, die absonderliche Centrums-Obdachlosigkeit zu bewahren, doch nicht verschweigen. Hebt die preußische Regierung ihre Staffelliste auf, so hat der Reichsanziger einen Theil des Centrums gewonnen. Nun, diese Bedingung wird ja erfüllt werden. Aber wie groß der zustimmende Theil der Fraktion sein wird, das verleiht der Redner nicht, und nur aus Indizien und persönlichen Wahrnehmungen läßt sich schließen, daß er ganz ansehnlich sein wird, jedenfalls hinreichend, um dem Handelsvertrage die Mehrheit zu sichern. Der dritte Redner war der Sozialdemokrat Schulze-Königsberg, der vierte Ihr. v. Stumm. Es gibt größere Genüsse, als wie diese beiden Redner sie bieten konnten. Zwar gebören sie zur Mehrheit, und so soll ihnen manche öde Stelle freundlich verzeihen werden, aber die Gerechtigkeit erfordert, anzuverkennen, daß die Debatte durch sie gerade nicht vertieft worden ist.

\* Berlin, 28. Febr. Der "Reichsanzeiger" erwähnt heute in scharfer Weise auf die gehässigen Angriffe, welche das Wizblatt "Kladderadatsch" gegen einige hohe Beamte des Auswärtigen Amtes gerichtet hat und erklärt, daß diese Angriffe "jeder thatächlichen Begründung entbehren."

\* Benthien (Obersch.), 27. Febr. Eine hente hier stattgefunden Versammlung, die von etwa 1800 Mitgliedern aller Berufsstände und Parteien aus dem oberschlesischen Industriebezirk besucht war, erklärte, daß der Abschluß des deutsherrnischen Handelsvertrages für die nach vielen Tausenden zählende Arbeitervölkerung Oberschlesiens ein unabwbares Bedürfnis von höchster Bedeutung sei; es sei daher an die Vertreter der oberschlesischen Wahlkreise das dringendste Eruchen zu rufen, nicht nur für den Vertrag zu stimmen, sondern auch ihren ganzen Einfluß zu dessen Gunsten in die Wagschale zu werfen.

W. B. München, 28. Febr. Die Kammer der Abgeordneten bewilligte 3621 700 M. für Postbauten und Telephonanlagen und begann die Generaldebatte des Kultussets. Nach dem Referate Dalier griff von Vollmar die Regierung in ausführlicher Rede an, worauf der Kultusminister erwiderte, die Frage der Trennung von Staat und Kirche habe für die gegenwärtigen Verhältnisse nur eine theoretische Bedeutung, ebenso die Verstaatlichung der Volkschulen, sowie der Realschulen. Bezüglich der nicht bestätigten Wahl des Bonner Professors Langen seitens der Akademie verwies der Kultusminister auf seinen Erlass an den Präsidenten v. Pettenkofer, wonach eine Motivierung bei Nichtbestätigungen niemals stattgefunden habe. Die Erlassung des Kultusregiments für den Pfarrer Hirzler in Speyer zur Leitung der Töchtererschule sei in ganz unbegründeter Weise aufgebauscht worden. Der Minister schloß, er habe nie Konzessionen gemacht, die nicht durch das Staatsinteresse geboten und verfassungsmäßig unbedingt zulässig gewesen seien.

W. B. Braunschweig, 28. Febr. Wie das "Braunschw. Tgl." meldet, bereitet die braunschweigische Regierung einen Gesetzentwurf über den Kaliberbau im Herzogthum vor, mit denselben Bestimmungen wie die im preußischen Abgeordnetenhaus eingebaute Vorlage.

## Lokales.

Posen, 1. März.

p. Ueber die Messer-Affaire, welche sich gestern Abend gegen 7 Uhr in dem Hause Fischerstr. Nr. 25 abspielte, erfahren wir noch Folgendes: Die beiden Arbeiter waren wegen eines Vogelbauers in Streit gerathen, wobei der eine, Cruske mit Namen, den anderen aus dem Hause zu drängen versuchte. Im Flur erhielt dann der letztere den verhängnisvollen Stich, der ihn gleichzeitig zusammenbrechen ließ. Ein herbeigeholter Arzt ordnete die sofortige Überführung des Verwundeten in das städtische Krankenhaus an. Hier stellte sich bei der Untersuchung heraus, daß das Messer tief in der Herzgegend eingedrungen ist, doch soll nach neueren Nachrichten die Hoffnung nicht ausgeschlossen sein, ihn am Leben zu erhalten. Der Verwundete heißt Skrobuzynski. Der Thäter leugnet, überhaupt ein Messer gebraucht zu haben.

p. Chelicher Zwist. Ueber Nacht ist der Schuhmacher Malnowski, Badegasse Nr. 2 wohnhaft, bei einem Streit durch einen Messerstich von seiner Chefarzt so schwer verwundet, daß er von der Polizei nach dem städtischen Krankenhaus geschafft werden mußte.

## Aus der Provinz Posen.

<< Meserit, 28. Febr. [Zur Wahlbewegung.] Nach den

neuesten Mitteilungen, die hier kursieren, ist Herr Landgerichtsrath Wettke nicht genugt, von der Kandidatur zurückzutreten. Hierzu soll einesfalls der Umstand maßgebend sein, daß an Herrn Wettke von Herrn v. Dzembowski vor der offiziellen Proklamation seiner Kandidatur durch Beauftragte die Mitteilung erging, Herr v. Dzembowski werde eine Wahl zum Reichstag nicht annehmen, in Folge welcher Erklärung Herr Wettke seine Bereitwilligkeit zur Annahme einer Kandidatur erst abgab; andererfalls aber soll Herr Wettke besonders in Folge der Neuerung des hiesigen Landrats, er könne es nicht begreifen, wie jene Herren ohne Fühlungnahme mit den maßgebenden Persönlichkeiten zur Aufstellung eines Juristen schreiten könnten, durchaus nicht gewillt sein, zurückzutreten.

## Telegraphische Nachrichten.

Charlottenburg, 28. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, zum Bau der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche 40 000 M. zu spenden.

Wien, 28. Febr. [Budapest usw.] Im Verlaufe der Debatte über die Handelsvertragsverhandlungen interpellirte Klatsch den Handelsminister darüber, welche Stellung derselbe bezüglich der Forderung Frankreichs einnehme. Frankreich die Vergünstigung der im Handelsvertrage mit Italien enthaltenen Weinzollklausel zu gewähren.

Wien, 28. Febr. Das Leichenbegängnis des verstorbenen Bürgermeisters Dr. Briz fand heute Nachmittag in der feierlichsten Weise statt. Der Domprobst Marshall nahm in dem mit Trauerabzeichen geschmückten Katharinen die Einsegnung der Leiche vor, worauf sich der imposante Trauerzug durch die von einer dicht gedrängten Menschenmenge besetzten Straßen nach dem Stephansdom bewegte. Hier erwarteten der Fürst-Erzbischof Gruscha, der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz mit mehreren Ministern und zahlreichen Hof- und Staatswürdenträger die Leiche, welche von dem Erzbischof Angerer nochmals eingesegnet wurde. Auf dem Centralfriedhof hielt der Bizebürgermeister Grübl am Grabe die Trauerrede.

Rom, 28. Febr. Die Deputirtenkammer setzte heute die Beratung über die innere Politik fort. Spirito begründete seine Interpellation über die Absichten der Regierung betreffend die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes auf Sicilien und in der Provinz Massa-Carrara. Darauf entwickelte Farina seine Interpellation betreffend die Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen von weiteren Unruhen in Sicilien.

Petersburg, 28. Febr. Nach dem heute Abend 5 Uhr ausgegebenen Bulletin hatte der Minister des Auswärtigen v. Giers innerhalb der letzten 24 Stunden ungefähr neun Stunden Schlaf. Die Herzthätigkeit verbessert sich, Puls 70–80, die Herzbelebungen sind seltener und schwächer, das Allgemeinbefinden ist besser.

Paris, 28. Febr. Heute Vormittag sind neun weitere Verhaftungen von Anarchisten vorgenommen worden.

Paris, 28. Febr. Der neue Akademiker Brunetière, der heute seine Vorlesungen an der Sorbonne beginnen wollte, wurde durch heftiges Lärmen der Studenten daran gehindert. Zahlreiche Studenten riefen „Vive Zola“, auch wurden mehrere Gegenstände beschädigt, sodass die Polizei einschreiten musste.

Madrid, 28. Febr. Wie aus Tanger gemeldet wird, hatte Marshall Martinez Campos am 23. und 25. d. M. längere Unterredungen mit dem Groß-Bezirker.

London, 28. Febr. Das Oberhaus nahm heute die vom Unterhause zur Kirchspielraths-Bill beschlossenen Abänderungen mit den von Lord Salisbury beantragten Modifikationen an, sodass die Vorlage an das Unterhaus zurückgehen muss. Die Regierung hatte die Modifikationen bekämpft.

London, 28. Febr. Die Königin empfing heute Nachmittag den Premierminister Gladstone im Buckingham-Palast.

Bern, 28. Febr. Die von den Blättern gemeldet wird, Vorfall in Airolo beschränkt sich nach einem Bericht von sonst gut informirter Seite darauf, daß zwei deutsche Reisende, welche einen Wortwechsel mit Offizieren des Forts hatten, am anderen Morgen von dem höchsten im Fort anwesenden Offizier durch einen Offizier und 3 Mann eingeladen wurden, ins Fort zu kommen, wo sie die beleidigenden Worte vollständig revocirten. Eine Verhaftung hat also nicht stattgefunden.

Sofia, 27. Febr. Bei den Ergänzungswahlen zur Sobranie wurden zwei Anhänger der Regierung gewählt. Eine Wahl wurde durch den Ausbruch ernster Auseinandersetzungen gehindert.

Kiel, 1. März. An Sammlungen für die Hinterbliebenen der auf der "Brandenburg" Verunglückten sind bisher 40 000 Mark eingegangen. 60 Wittwen und Waisen bedürfen der Unterstützung.

Hamburg, 1. März. Bei der Bürgerschaft ging der Antrag ein, eine gemischte Kommission einzusetzen zur Niederelegung der ungesehenen Häuser und zum Bau gesunder Wohnungen. Es müßte hierzu ein Kredit von 14 Millionen Mark gewährt werden.

Rom, 28. Febr. [Cammer] Auf die Interpellation Spirito und Farina über Sizilien erklärte Ministerpräsident Crispi, das Volk verdanke es der Bourgeoisie, wenn es heute eine parlamentarische Vertretung habe. Das soziale Problem bedürfe der Lösung, aber nicht der von Agitatoren und den Massen gepredigten. Die Bewegung sei durch Verschwörer verursacht, welche im Auslande Revolutionen anstreben. Die letzten Beschlüsse seien auf Versammlungen in Marseille gefaßt. Dem Bauer sei eine Theilung der Grundstücke in Folge eines Kriegs mit Hilfe Russlands, dem man einen Haufen abtreten werde, versprochen worden. Ferner wurde ein neuer Garibaldi angekündigt. Die Proklamation verlangte den Tod des Königs und der Beamten, die Abschaffung der Kästen und Brand der Mairien. Das Gleiche war in Massa Carrara der Fall. Es gebe in der Verfassung noch ein Gesetz, welches die Böller berechtige, ihre Freiheit zu verhindern. Der Belagerungszustand sei ein politisches Recht und von der Kammer gerechtfertigt worden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede wies Crispi die Gesetzeskraft der Verhaftung von de Felice und Giuffrida nach und erklärte, daß die Verhältnisse Siziliens von denen jedes andern Theiles Italiens nicht verschieden seien. Die Regierung wolle durch soziale Gesetze den Bedürfnissen sämtlicher Kreise Rechnung tragen und für Sizilien sogar Lottfundien zur Vertheilung unter die Bauern anlaufen. Crispi schloß unter warmer Beifeuierung seiner Liebe zum Vaterlande. Hierauf vertheidigte der Justizminister die Gesellschaft und das Verfassungsmäßige des Belagerungszustandes, die Einhaltung derselben und die Einsetzung der Kriegsge-

